

Plädoyer  
für ein bedingungsloses  
Grundeinkommen

# Von der Utopie zur Realität

Thomas Straubhaar

TINA ist zugegebenermaßen eine häufig gewählte Strategie. „There is no alternative“ bedeutet, dass manchmal die Zeit reif ist, große Sprünge zu wagen, weil kleine Schritte nicht mehr wirklich weiterhelfen. Vor einer TINA-Entscheidung steht der deutsche Sozialstaat heute.

Die Fundamente des Sozialstaates wurden in den Fünfzigerjahren des letzten Jahrhunderts gelegt. Es war eine Zeit der Vollbeschäftigung und des Wachstums von Wirtschaft und Bevölkerung. Heute leben wir in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, gebrochener Lebensläufe, schwachen Wirtschaftswachstums und bald einmal schrumpfender und alternder Bevölkerung. Mit den grundlegenden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und demografischen Veränderungen verlieren die alten Fundamente ihre Tragkraft. Der Sozialstaat gerät in Schiefelage. Symptomtherapie hilft da nicht mehr weiter. Es nützt nichts, die Wände zu stabilisieren, wenn das ganze Haus ins Rutschen kommt. Dann braucht es einen Neubau.

Das Grundeinkommen ist ein kompletter Neuanfang. Er ist mit vielen Risiken und hoher Unsicherheit verbunden. Niemand kann wirklich voraussagen, wie Menschen auf einen fundamentalen Systemwechsel reagieren. Manchmal jedoch ist erkennbar, dass ein Festhalten an alten Strukturen mit Sicherheit in den Abgrund führt. Deshalb ist es richtig, bei einer TINA-Entscheidung sogar sehr hohe Risiken eines Neuanfangs in Kauf zu nehmen, um den weit schlimmeren Folgen des Kollapses alter Strukturen zu entgehen.

Das Grundeinkommen bietet eine nachhaltig tragfähige Lösung. Es bietet einen Neuanfang, dessen langfristige Effekte kommenden Generationen größere Handlungsfreiräume und bessere Optionen für eine eigenständige Gestaltung ihrer Lebensumstände offenlässt als jede Alternative.

## Das Konzept

Die Eckpfeiler des idealtypischen Grundeinkommenskonzeptes sind:

- Der Staat lässt allen Staatsangehörigen, ob Säugling oder Greis, lebenslang von der Wiege bis zur Bahre eine auf der Höhe des soziokulturellen Existenzminimums liegende Transferzahlung zukommen. Das Grundeinkommen wird ohne Bedingung, ohne Gegenleistung, ohne Antrag und damit ohne bürokratischen Aufwand als sozialpolitischer Universaltransfer ausbezahlt.
- In das Grundeinkommenssystem werden alle deutschen Staatsangehörigen sowie Ausländer in Abhängigkeit von ihrer Aufenthaltsdauer einbezogen. Ausländer bekommen pro Jahr der legalen Anwesenheit in Deutschland zehn Prozent des Grundeinkommens, sodass sie nach zehn Jahren das volle Grundeinkommen erhalten. Im Ausland lebende deutsche Staatsbürger behalten ihren Anspruch auf das Grundeinkommen.
- Die Höhe des Grundeinkommens bleibt letztlich eine politische Entscheidung. Dabei gilt der einfache Zusammenhang: Hohe Grundeinkommen bedingen

- hohe Steuersätze, niedrige Grundeinkommen ermöglichen tiefe Steuersätze.
- Das Grundeinkommen wird aus dem allgemeinen Staatshaushalt über direkte und indirekte Steuern finanziert (Einkommen- und Konsumsteuern). Das Grundeinkommen erhalten alle steuerfrei – unabhängig von weiteren Einkommen. Zusätzliches Einkommen wird vom ersten bis zum letzten Euro an der Quelle erfasst und mit einem einheitlichen und gleichbleibenden Steuersatz belastet. Eine Steuererklärung muss nur noch von jenen ausgefüllt werden, die gegen entsprechende Belege Werbungskosten geltend machen wollen. Dabei gibt es keine expliziten Steuerfreibeträge, denn das Grundeinkommen wirkt bereits als Freibetrag.
  - Im Gegenzug werden nahezu alle steuer- und abgabenfinanzierten Sozialleistungen durch das Grundeinkommen abgeschafft: Gesetzliche Renten-, Arbeitslosen- oder Pflegeversicherung werden genauso durch das Grundeinkommen ersetzt wie Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Wohn- und Kindergeld.
  - Die heute zu leistenden Abgaben an die Sozialversicherungen entfallen damit vollständig. Entsprechend sinken die Lohnnebenkosten. Die Lohnnebenkosten im weiteren Sinne wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Urlaubsgeld und Ähnliches werden durch das Grundeinkommen nicht berührt.
  - Für Kranken- und Unfallversicherung gibt es eine Grundversicherungspflicht. Der notwendige Beitrag ist mit dem Grundeinkommen zu verrechnen oder dazuzuaddieren und als Versicherungsgutschein auszugeben. Dieser Gutschein kann bei jeder Kranken- beziehungsweise Unfallversicherung für eine Grundversicherung eingelöst werden. Für die Versicherer besteht Diskriminierungsverbot und Kontrahierungszwang.

- Ebenso werden alle sozialpolitisch motivierten Regulierungen des Arbeitsmarktes gestrichen. Es gibt keinen Kündigungsschutz mehr, dafür aber betrieblich zu vereinbarenden Abfindungsregeln. Es gibt keinen Flächentarifvertrag mehr und keine Mindestlöhne, sondern von Betrieb zu Betrieb frei verhandelbare Löhne. Es gibt keine Sozialklauseln.

### Was dafür spricht

Bei flüchtiger Betrachtung scheint das Grundeinkommen wesentlich weiter als alle sozialpolitischen Alternativen zu gehen. Ein schärferer Blick auf die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass es das Grundeinkommen heute *de facto* längst schon gibt. Es gibt die Sozialhilfe, und eine aufgeklärte christliche Gesellschaft wird niemals zulassen, dass Menschen ohne Nahrung und Kleider, obdach- und würdelos dahinvegetieren. Sie wird in jedem Fall in der einen oder anderen Weise einen Absturz ins Bodenlose zu verhindern suchen und ein wie auch immer geknüpftes Auffangnetz auslegen. Dass ein Sicherheitsnetz ohnehin besteht, ist die fundamentale Rechtfertigung für ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen zur Sicherung des Existenzminimums.

Ein weiterer immer wieder erhobener Einwand gegen ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen liegt darin, dass alle und somit auch jene, die nicht bedürftig oder in Not sind, vom Staat einen Finanztransfer erhalten. Auf den ersten Blick scheint es in der Tat merkwürdig zu sein, dass auch Gutverdienende und Vermögende in den Genuss staatlicher Unterstützung kommen sollen. Ebenso mögen sich einige daran stören, dass staatliche Hilfe nicht zielgenau nur an jene fließt, die der staatlichen Unterstützung bedürfen, sondern mit der Gießkanne über allen ausgeschüttet wird. Beide Einwände halten einer genauen Prüfung nicht stand.

„Dass ein Sicherheitsnetz ohnehin besteht, ist die fundamentale Rechtfertigung für ein bedingungslos gewährtes Grundeinkommen.“

© picture-alliance/ZB, Fotograf: Michael Hanschke



Das Grundeinkommen ist ein sehr zielgenaues sozialpolitisches Konzept. Alle, die Hilfe benötigen, werden auf jeden Fall unterstützt. Niemand bleibt ohne Hilfe, niemand bleibt unterhalb des Existenzminimums. Sicher, dadurch werden auch jene unterstützt, die der Hilfe gar nicht bedürfen. Dass auch Gutverdienende und Vermögende das bedingungslos gewährte Grundeinkommen erhalten, ist jedoch nichts anderes als eine in anderer Form gewährte Steuergutschrift. Entscheidend ist nicht das Brutto-, sondern das Nettoergebnis. Anders formuliert: Gutverdienende und Vermögende müssen eine höhere Bruttobesteuerung von Einkommen und Konsum in Kauf nehmen. Im Gegenzug erhalten sie eine Netto-Entlastung durch

das auch an sie ausbezahlte Grundeinkommen. Im Nettoeffekt ist eine vollständige Budget-Neutralität möglich. Netto werden dann eben nicht alle gleich unterstützt, sondern nur so weit, wie es zur Sicherung des Existenzminimums notwendig ist.

Das Grundeinkommen ist ein zutiefst individualistisches Konzept. Weil das Grundeinkommen bedingungslos gewährt wird, verzichtet es auf jeglichen Paternalismus. Niemand überprüft, ob es gute oder schlechte Gründe für eine Unterstützung gibt. Unterstützt wird jeder Einzelne, unbesehen persönlicher Eigenschaften, unabhängig von Alter, Geschlecht, Familienstand, Beruf, Erwerb und Wohnsitz. Alle werden gleich und gleichermaßen gerecht behandelt.